

Die neue Strategie der modernen Revolutionäre

Ein junger Lehrer, noch im Vorbereitungsdienst, also Anwärter auf die Übernahme in den Staatsdienst, demonstriert Arm in Arm mit Kommunisten, und er macht kein Geheimnis daraus, daß er Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ist. Seine Schüler sehen ihn bei der Demonstration. Was geht in ihnen vor? Eigentlich müßte er ihnen Verfassungstreue beibringen. Aber er marschiert in den Reihen der Verfassungsfeinde. Und er beansprucht Einstellung in den öffentlichen Dienst.

Der Fall ist nicht konstruiert. Er ist ein Beispiel für das immer noch nicht bewältigte Thema „Radikale im öffentlichen Dienst“. Das Thema ist sicherlich in der Gefahr, Langeweile auszulösen. Damit aber würde genau den Kräften zugespielt, die in den Staatsdienst drängen, auch in den Dienst der Gemeinden, obwohl sie Gegner unseres Staates, Feinde seiner Ordnung und seiner Verfassung sind.

Die neue Form der Revolution — anders läßt sich der Vorgang, gemessen an den Zielen, wohl nicht bezeichnen — hat schon einige bemerkenswerte Erfolge erzielt, ohne daß alle Demokraten sich beunruhigt oder auch nur berührt fühlen. Der Verfassungsrechtler Prof. Rupert Scholz (Berlin) hat während der „Bitburger Gespräche“, die in diesem Jahr unter dem Thema „Rechtsstaat in der Bewährung“ stattfanden, auf das tatbestandsverfälschende Schlagwort vom angeblichen „Berufsverbot“ hingewiesen. Es wird nicht nur von Extremisten verwendet, denen der Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt wird, sondern auch von der Nachwuchsorganisation der SPD, den Jungsozialisten, und von den Jungdemokraten, dem Nachwuchs der FDP. Scholz sagte dazu: „Den Erfindern und Verfechtern dieses Schlagwortes ist es politisch weitgehend gelungen, von der verfassungsrechtlich wie verfassungspolitisch eigentlich und allein maßgebenden Frage — dem Schutz des öffentlichen Dienstes nämlich vor Verfassungsgegnern — abzulenken beziehungsweise die evident rechtsstaatliche Qualität dieser Fragestellung buchstäblich in deren Gegenteil zu verkehren.“ Die Gruppen, die das Wort „Berufsverbot“ im Zusammenhang mit der Abwehr von Extremisten in den Sprachgebrauch einführen wollen, spekulieren eindeutig darauf, daß es zunächst gedankenlos nachgesprochen wird und dann durch ständigen Gebrauch politisches Gewicht bekommt. Wenn es ihnen gelingen sollte, im Bewußtsein der Bevölkerung (und im Sprachgebrauch) das Wort „Berufsverbot“ anzusiedeln, wo Abwehr von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst gemeint ist, dann hätten sie eine wichtige Schlacht gewonnen.

Die klassische Strategie aktiver Verfassungsgegner hieß Staatsstreich oder Revolution, also gewaltsamer Verfassungsbruch. Da diese Strategie heute nur noch geringe Erfolgchancen hat, versuchen die modernen Revolutionäre den Marsch durch die Institutionen, und sie sagen es auch. Sie wollen sozusagen zum Bestandteil des nach ihrer Meinung zu überwindenden „Systems“ und seiner Institutionen werden, um diese von innen her auszuhöhlen.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu. Aber welche Schlußfolgerungen werden daraus gezogen? Scholz meint: „Der Wolf im Schafspelz sieht sich als solcher zwar ausgemacht; die konkrete Praxis leistet ihm jedoch — allzuoft — nur wenig oder nur zu schwachen Widerstand.“ Bundesinnenminister Maihofer (FDP) etwa hält zwar die DKP für eine verfassungsfeindliche Partei, aber zusammen mit seinen Parteifreunden und dem sozialdemokratischen Koalitionspartner beharrt er auf dem Standpunkt: Ein DKP-Mitglied oder ein Mitglied einer kommunistischen Hilfsorganisation (zum Beispiel des Verbandes Deutscher Juristen), das sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewirbt, sei zwar im Verdacht der Verfassungsgegnerschaft, aber nicht der Bewerber habe seine Verfassungstreue zu beweisen, sondern der Staat habe gegebenenfalls die Verfassungsfeindschaft nachzuweisen. Aber jedermann, auch Maihofer, hält es für richtig, daß ein Bewerber seine Qualifikation und seine Gesundheit nachweist, und niemand würde verlangen, daß der Staat einem Bewerber belegt, Können und Gesundheit reichten für den öffentlichen Dienst nicht aus.

Die Verfassungsgegner gehen geschickt vor. Sie treten als engagierte Kritiker auf, die sich zur Verfassung bekennen und denen es nur darauf ankomme, radikale Verbesserung oder Erfüllung der Verfassung zu bewirken. Und eine so vorgeführte Radikalität findet dann sogar wohlwollende Anmerkungen deutscher Politiker (Brandt und Kühn). Ist es wirklich so schwierig, die Ziele mancher Parteien und Gruppen zu erkennen — das Abschaffen unserer freiheitlichen, demokratischen Ordnung?

Noch einmal Scholz: „An mancher deutschen Universität wiederholt es sich mit stereotyper Regelmäßigkeit: Zunächst geht es darum, dem pluralistischen Anspruch auch des Marxismus dadurch Genüge zu tun, daß man neben anderen Hochschullehrern auch einen oder zwei marxistische Hochschullehrer beruft. Hat man dies jedoch getan, so wird aus der Forderung nach Wissenschaftspluralismus plötzlich die noch viel entschiedener vorgetragene These vom politischen und wissenschaftlichen Dualismus; vom angeblich vorgegebenen Dualismus nämlich zwischen marxistischer und ‚bürgerlicher‘ Wissenschaft. Die Vertreter der marxistischen Doktrin beanspruchen nunmehr die alleinige Geltung . . . Das böse Erwachen kommt leider zu spät.“

Wieso finden Extremisten immer wieder — wenn auch begrenzten — Zulauf oder zumindest gewisse Sympathien? Einige der Gründe dafür liegen im sozialpsychologischen Bereich: Politische Naivität verbindet sich mit politischem Messianismus; bürgerliche Kreise fühlen sich übersättigt; Linkssein

(was darunter verstanden wird, wäre zu klären) wird „von einigen intellektuellen Kreisen als Mode mitgemacht“ (Prof. Rupp, Mainz). Ganz gewiß aber ist zu bedenken, daß vielen Jahrgängen, wenn sie zur Universität kamen, gesagt wurde: „Für euch gibt es keine Arbeitsplätze und keine Verantwortung.“ Solche Entmutigung schaffte fruchtbaren Boden für Thesen wie „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ oder „Brecht diese geschlossene Gesellschaft mit Gewalt auf“. Eine der wichtigsten politischen Aufgaben ist es deshalb, für die nachwachsenden Generationen Arbeit und Verantwortung bereitzuhalten.

RUDOLF BAUER, Rheinische Post — 31. Januar 1976